



Liebe Leserin, lieber Leser,

anbei erhalten Sie die neueste Ausgabe der DSW [news] mit aktuellen Nachrichten und Fakten zu den Themen Bevölkerung, reproduktive Gesundheit und nachhaltige Entwicklung sowie Neuigkeiten über die Arbeit der Stiftung.

Ihr DSW [news]-Redaktionsteam

[themenüberblick]

Vor Rio+20: Empfehlungen für eine nachhaltige Entwicklung

Im Vorfeld des Nachhaltigkeitsgipfels Rio+20 legt ein hochrangiges Beratergremium Vorschläge für ein neues globales Entwicklungsmodell vor. Auch der universelle Zugang zu Diensten der Familienplanung wird empfohlen.

[zum Artikel](#)

Genitalverstümmelung beenden

Jedes Jahr werden rund drei Millionen Mädchen Opfer von Genitalverstümmelung. Anlässlich des Internationalen Tags gegen Genitalverstümmelung fordert die Stiftung Weltbevölkerung ein Ende der grausamen Praktik.

[zum Artikel](#)

Pakistan: Familienplanung notwendig

Bei einem Treffen in Pakistan haben Experten und Politiker gemeinsam mit Jugendlichen die demographische Herausforderung des Landes diskutiert.

[zum Artikel](#)

Familienplanung verhindert Abtreibungen

Eine aktuelle Studie zeigt, dass in den vergangenen Jahren die globale Abtreibungsrate nicht weiter zurückgegangen ist.

[zum Artikel](#)

Afrika: HIV-Programme mit Finanzierungslücke

Nach Angaben von UNAIDS fehlen für die Bekämpfung von HIV/Aids in Afrika bis 2015 vier Milliarden US-Dollar.

[zum Artikel](#)

[artikel]

Vor Rio+20: Empfehlungen für eine nachhaltige Entwicklung

Im Vorfeld des Nachhaltigkeitsgipfels Rio+20 legt ein hochrangiges Beratergremium Vorschläge für ein neues globales Entwicklungsmodell vor. Auch der universelle Zugang zu Diensten der Familienplanung wird empfohlen.

Im Juni sollen auf dem Weltgipfel in Rio Wege zu einer nachhaltigeren Entwicklung der Welt gefunden werden. Ein hochrangiges Beratergremium, das vor eineinhalb Jahren von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon berufen wurde, legte nun am 31. Januar mit dem Bericht "Resilient People, Resilient Planet: A Future Worth Choosing" seine Vorschläge vor.

Neben dem Generalsekretär besteht das Gremium aus 21 weiteren Mitglieder, unter anderem der Präsidentin Finnlands, Tarja Halonen, und dem südafrikanische Präsident Jacob Zuma. In seinen Empfehlungen für eine nachhaltige Entwicklung fordert der Bericht auch den universellen Zugang zu hochwertigen und bezahlbaren Diensten der Familienplanung sowie der sexuellen und reproduktiven Gesundheit.

Wachsende Bevölkerung und knappe Ressourcen

Die Weltbevölkerung wird voraussichtlich bis 2040 von heute sieben auf fast neun Milliarden Menschen wachsen. Im gleichen Zeitraum erwarten die Vereinten Nationen, dass die Zahl der Mittelklasse-Konsumenten um drei Milliarden Menschen wachsen wird und damit die Nachfrage nach ohnehin knappen Ressourcen.

Die globale Wirtschaft ist seit 1992 um 75 Prozent gewachsen. Doch längst nicht alle haben gleichermaßen von der Verbesserung der Lebensbedingungen profitiert: So gibt es heute 20 Millionen Menschen mehr, die unterernährt sind, als zur Jahrtausendwende. Zugleich hat sich der Druck auf die natürlichen Ressourcen erheblich erhöht: Jedes Jahr geht eine Fläche Wald verloren, die so groß ist wie Costa Rica. 85 Prozent der Fischbestände sind überfischt oder stark dezimiert. Der CO₂-Ausstoß ist zwischen 1990 und 2009 um 38 Prozent gewachsen und mit ihm das Risiko eines steigenden Meeresspiegels und extremer Wetterverhältnisse. Hiervon sind die Menschen in den Ländern des Südens besonders betroffen.

Ein neues Entwicklungsmodell

2030 werde die Welt 50 Prozent mehr Nahrung, 45 Prozent mehr Energie und 30 Prozent mehr Wasser benötigen als heute. Gleichzeitig begrenzen Umweltveränderungen wie der Klimawandel die Verfügbarkeit wichtiger Ressourcen. Wenn die Menschheit keine Lösungen für diese Probleme finde, so heißt es in dem Bericht, seien bis zu drei Milliarden Menschen von Armut bedroht. Um Nachhaltigkeit zu erreichen, sei ein neues Entwicklungsmodell und eine Transformation der Weltwirtschaft nötig. Finanz- und Kreditsysteme gelte es so umzugestalten, dass nachhaltiges Handeln belohnt wird. Die Regierungen werden aufgefordert, mit internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten und eine "ever-green revolution" auf den Weg bringen, die zu einer Verdoppelung der Ernten bei gleichzeitiger Reduktion des Ressourcenverbrauchs führen könnte.

Nachhaltigkeitsziele als Ergänzung zu den MDGs

Der Bericht empfiehlt die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) durch Nachhaltigkeitsziele zu ergänzen und auf dieser Basis einen Rahmen für die Zeit nach dem Auslaufen des Millennium-Entwicklungs-Prozesses 2015 zu entwickeln. Die neuen Entwicklungsziele sollten der ökologischen, der sozialen und der ökonomischen Nachhaltigkeit stärker Rechnung tragen.

[Den UN-Bericht "Resilient People, Resilient Planet: A Future Worth Choosing" \(in englischer Sprache\) finden Sie hier >](#)

Quelle: Climate Spectator (UK), 31. Januar 2012.

Genitalverstümmelung beenden

Jedes Jahr werden rund drei Millionen Mädchen Opfer von Genitalverstümmelung. Anlässlich des Internationalen Tags gegen Genitalverstümmelung fordert die Stiftung Weltbevölkerung ein Ende der grausamen Praktik.

Insgesamt sind Schätzungen zufolge bis zu 140 Millionen Mädchen und Frauen weltweit von Genitalverstümmelung betroffen. Die meisten von ihnen leben in afrikanischen Ländern und sind nicht einmal 15 Jahre alt, wenn der Eingriff vorgenommen wird. Bei der grausamen Praktik, die in vielen Kulturen als wichtiges Initiationsritual gilt, wird die Klitoris teilweise oder vollständig entfernt. In besonders gravierenden Fällen wird die Vagina zugenäht und nur eine kleine Öffnung belassen. Meist wird der Eingriff von Laien, ohne Narkose und mit einfachen Hilfsmitteln wie Glasscherben oder Rasierklingen durchgeführt. Für die Frauen und Mädchen bedeutet die Genitalverstümmelung neben lebenslangen Traumata oft Infektionen, Blutungen und Komplikationen bei der Geburt, die zum Tod führen können.

Entschiedeneres Vorgehen gegen Genitalverstümmelung

"Diese schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte dürfen wir nicht hinnehmen", erklärte Renate Bähr, Geschäftsführerin der Stiftung Weltbevölkerung, anlässlich des Internationalen Tags gegen Genitalverstümmelung am 6. Februar. "Es ist höchste Zeit, dass die Regierungen in den betroffenen Ländern entschieden gegen die grausame Praktik vorgehen. Aber auch die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht zu handeln. Denn seit der UN-Generalversammlung im Jahr 1993 gilt die Genitalverstümmelung als Menschenrechtsverletzung. Ihre Abschaffung steht zwar längst auf der internationalen Agenda, aber den Worten müssen nun endlich auch Taten folgen."

Aufklärung hilft

Bereits heute verurteilen viele Staaten die Genitalverstümmelung und haben entsprechende Gesetze erlassen, doch häufig reichen diese Bestimmungen nicht aus, um die tief verwurzelte Tradition zu bekämpfen. Eine der wichtigsten Maßnahmen ist es daher, den Menschen durch Aufklärung sinnvolle Alternativen zu dem grausamen Initiationsritual aufzuzeigen, und zwar in enger Zusammenarbeit und Absprache mit der jeweiligen Gemeinschaft.

Die Stiftung Weltbevölkerung klärt in ihren Jugendclubs über weibliche Genitalverstümmelung und deren schwerwiegende gesundheitliche Folgen auf. Mit ihrer Aufklärungsarbeit erreicht die Stiftung nicht nur junge Menschen, sondern auch die Eltern sowie politische und religiöse Meinungsführer, um nachhaltige Erfolge bei der Bekämpfung von Genitalverstümmelung zu bewirken.

[Weitere Informationen zum Thema Genitalverstümmelung finden Sie hier >](#)

Pakistan: Familienplanung notwendig

Bei einem Treffen in Pakistan haben Experten und Politiker gemeinsam mit Jugendlichen die demographische Herausforderung des Landes diskutiert.

Bis zum Jahr 2050 wird die Bevölkerung Pakistans voraussichtlich auf 325 Millionen Menschen wachsen. Damit wäre Pakistan das Land mit der viertgrößten Bevölkerung der Welt. Familienplanung könnte die Zahl jedoch auf 270 Millionen Menschen begrenzen und damit die Entwicklungschancen Pakistans erheblich verbessern, so die Ansicht von Gesundheitsexperten und Parlamentariern, die Ende Januar beim "Interactive Dialogue between Policy Makers and Youth" gemeinsam mit Jugendlichen zur demographischen Zukunft des Landes diskutiert haben. Organisiert wurde das Treffen vom UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA), der pakistanischen Planungsbehörde und der Rehuma-Family Planning Association.

Seit 1951 hat sich die Bevölkerung Pakistans von 30 Millionen Menschen auf heute fast 180 Millionen bereits versechsfacht. Aktuell bekommt eine pakistanische Frau im Durchschnitt 3,6 Kinder. Weniger als jede fünfte verheiratete Frau zwischen 15 und 49 Jahren wendet eine moderne Verhütungsmethode an. Zum Vergleich: Im Nachbarland Indien ist es fast jede zweite.

Richtige Auslegung des Korans ist wichtig

Die Parlamentsabgeordnete Donia Azis von der dem Präsidenten nahe stehenden Partei PML-Q erklärte bei dem Treffen, dass Familienplanung nicht im Widerspruch zum Islam stünde. Allerdings könne der Staat keinen Einfluss darauf nehmen, wie der Koran gelehrt werde. Dies sei den religiösen Führern vorbehalten. Sie forderte, dass der Koran deshalb künftig in Englisch und Urdu an pakistanischen Schulen gelehrt werden müsse, um bei Jugendlichen Fehlinterpretationen vorzubeugen.

Bei dem Treffen wurde die Notwendigkeit einer jugendgerechten Sexualaufklärung betont. Sozio-kulturelle - und weniger religiöse Normen - wurden als Ursachen für eine Tabuisierung von Themen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit identifiziert.

Quelle: AP Pakistan, 24. Januar 2012.

Familienplanung verhindert Abtreibungen

Eine aktuelle Studie zeigt, dass in den vergangenen Jahren die globale Abtreibungsrate nicht weiter zurückgegangen ist.

Nach einer langen Phase des Rückgangs kam es bei der globalen Abtreibungsrate zwischen den Jahren 2003 und 2008 zu einer Stagnation. Das geht aus der aktuellen Studie "Induce Abortions: Incidence and Trends Worldwide from 1995 to 2008" des Guttmacher Institute und der Weltgesundheitsorganisation WHO hervor. Diese Entwicklung fällt mit einer Verlangsamung bei der Verbreitung von Mitteln der Familienplanung zusammen. Deshalb empfehlen die Autoren der Studie zur Vorbeugung von Abtreibungen mehr Investitionen in qualitativ hochwertige Familienplanungsdienste.

Zwischen den Jahren 1995 und 2003 ist die Rate der Abtreibungen weltweit von 35 auf 29 pro 1.000 Frauen zwischen 15 und 44 Jahren gesunken. Bis 2008 hat sich die Abtreibungsrate dann kaum noch verändert (28). Auch in den Entwicklungsländern ist sie im gleichen Zeitraum nicht weiter zurückgegangen (jeweils 29). Abtreibungen werden in Entwicklungsländern häufig unter unsicheren Bedingungen durchgeführt und stellen damit eine Bedrohung für das Leben der Schwangeren dar. Weltweit sind aufgrund unsicherer Abtreibungen im Jahr 2008 im globalen Durchschnitt 220 Frauen pro 100.000 Eingriffen gestorben.

Die Studie zeigt auch, dass Familienplanung - und nicht restriktive Abtreibungsgesetzgebung - zu einem Rückgang von Abtreibungen führt. So liegt die Abtreibungsrate beispielsweise in Lateinamerika, wo Abtreibungen fast überall illegal ist, bei 32 Abtreibungen pro 1.000 Frauen und in Westeuropa, wo liberale Abtreibungsgesetze vorherrschen, bei zwölf Abtreibungen pro 1.000 Frauen. Der Unterschied zwischen diesen Regionen ist mit dem deutlich besseren Zugang zu Mitteln der Familienplanung in Westeuropa zu erklären.

[Eine Übersicht zu den wichtigsten Fakten der Studie "Induce Abortions: Incidence and Trends Worldwide from 1995 to 2008" \(in englischer Sprache\) finden Sie hier >](#)

Quelle: Guttmacher Institute, 18. Januar 2012.

Afrika: HIV-Programme mit Finanzierungslücke

Nach Angaben von UNAIDS fehlen für die Bekämpfung von HIV/Aids in Afrika bis 2015 vier Milliarden US-Dollar.

Insgesamt werden für HIV-Programme in Afrika bis 2015 Investitionen in Höhe von zwölf Milliarden US-Dollar benötigt. Das erklärte Michel Sidibé, der Exekutiv-Direktor des Aidsprogramms der Vereinten Nationen, UNAIDS, bei einem Treffen der Afrikanischen Union Ende Januar im äthiopischen Addis Abeba. Das sind vier Milliarden US-Dollar mehr als bisher durch Zusagen des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) und anderer Geldgeber gedeckt sind.

In Afrika südlich der Sahara leben fast 23 Millionen Menschen mit HIV/Aids und damit mehr als zwei Drittel aller Infizierten weltweit. Jährlich kommen hier fast zwei Millionen Neuinfizierte hinzu. Zwei Drittel der Gelder für den Kampf gegen die Immunschwächekrankheit in Afrika stammen laut UNAIDS von internationalen Geldgebern. Allein Programme des Globalen Fonds ermöglichen 3,3 Millionen Menschen in Entwicklungsländern eine Aids-Behandlung. Für einen nachhaltigen Erfolg der HIV-Programme empfiehlt Sidibé den Staatschefs der afrikanischen Staaten verstärkt auf eigene innovative Lösungen zu setzen. Auch in dem aktuellen UNAIDS-Bericht "AIDS dependency crisis: sourcing African solutions" wird den afrikanischen Staaten geraten, neue Wege zur Mobilisierung von Geldern zu gehen und so die Abhängigkeit von internationalen Gebern zu verringern. Laut UNAIDS könne beispielsweise die Besteuerung von Tabak, Alkohol oder der Nutzung von Mobiltelefonen dabei helfen, die Finanzierungslücke zu schließen.

Mittelfristig werden jedoch die Mittel internationaler Geldgeber weiterhin von zentraler Bedeutung für den Erfolg im Kampf gegen die Immunschwächekrankheit sein. Deshalb hat die Stiftung Weltbevölkerung anlässlich des zehnten Geburtstags des Globalen Fonds gemeinsam mit anderen Organisationen im Rahmen des Aktionsbündnis gegen AIDS die Bundesregierung aufgefordert, den Globalen Fonds verlässlich zu unterstützen.

[Sie können den Aufruf auf der Kampagnenseite des Aktionsbündnis gegen Aids unterstützen > Hier finden Sie den UNAIDS-Bericht "AIDS dependency crisis: sourcing African solutions" \(in englischer Sprache\) >](#)

Quelle: The East African, 5. Februar 2012.
